

F.A.Z., 13.12.2017, Unternehmen (Wirtschaft), Seite 23 - Ausgabe D2, D3, D3N, R0, R1 - 482 Wörter

Deutsche Unternehmen wollen in Amerika expandieren

Deregulierung und Steuerreform könnten das Geschäft im kommenden Jahr beflügeln

nks. NEW YORK, 12. Dezember. Ein Jahr nach der amerikanischen Präsidentenwahl erhoffen sich deutsche Unternehmen in den Vereinigten Staaten mittlerweile weitgehend positive Effekte von der neuen Trump-Regierung. "Die Wirtschaft wächst, und die Deregulierung, die zurzeit stattfindet, entlastet die Unternehmen", sagte Carroll Neubauer, der Verwaltungsratsvorsitzende der Deutsch-Amerikanischen Handelskammern, in einem Gespräch mit dieser Zeitung. Nach einer aktuellen Umfrage der Handelskammern und der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG rechnen alle (100 Prozent) der befragten amerikanischen Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen im kommenden Jahr mit Umsatzwachstum. Fast die Hälfte der Unternehmen (44 Prozent) prognostiziert sogar ein starkes Wachstum von mehr als 3 Prozent. Mehr als ein Drittel der Firmen (36 Prozent) wollen zudem ihre Präsenz in den Vereinigten Staaten erweitern - deutlich mehr als im Jahr zuvor. Die deutschen Unternehmen planen die Erweiterung bestehender Produktionsstätten und Übernahmen. "Dieser starke Optimismus hat uns überrascht", sagte Neubauer, der die amerikanische Tochtergesellschaft des Medizintechnikherstellers B.Braun leitet.

Hoffnung setzen deutsche Unternehmen in die derzeit im Kongress verhandelte Steuerreform. "Die Steuerentlastungen werden das Geschäft beflügeln", glaubt Neubauer. Eine Steuerreform wäre der erste große gesetzgeberische Erfolg von Donald Trump, nachdem frühere Initiativen wie die Abschaffung der von seinem Vorgänger Barack Obama verabschiedeten Gesundheitsreform an innerparteilichem Widerstand gescheitert waren. Gleichwohl treibt die Regierung nach Einschätzung von Neubauer die versprochene Deregulierung im Hintergrund stark voran. "Das ist die bisher nicht erzählte Geschichte dieses Jahres."

Kurz nach der Wahl hatte noch ein Viertel der Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen mit negativen wirtschaftspolitischen Auswirkungen gerechnet. Das war vor allem der harschen Wahlkampf rhetorik Trumps geschuldet, der unter anderem gegen das nordamerikanische Freihandelsabkommen Nafta gewettet hatte. Diese Besorgnis ist nach Einschätzung von Neubauer nicht ausgeräumt, aber Freihandels sei derzeit kein großes Thema in der öffentlichen Diskussion. Gleichwohl sind offene Märkte für rund drei Viertel der befragten deutschen Unternehmen in den Vereinigten Staaten entscheidend für ihre Lieferketten. Das gilt besonders für die deutsche Automobilindustrie, für die grenzüberschreitendes Geschäft wie für ihre amerikanischen Konkurrenten zur Normalität geworden ist. "Ohne offene Märkte kann die Automobilindustrie nicht existieren", sagte Walter Maisel, der die amerikanische Tochtergesellschaft des deutschen Autozulieferers Kostal führt. Entsprechend glaubt auch nur knapp ein Fünftel der befragten Unternehmen, dass ihr Geschäft keinen Schaden nehmen würde, falls Nafta rückgängig gemacht werden sollte. "Wenn es zu Einschränkungen kommen sollte, müssen wir uns dagegen wehren", sagte Neubauer.

Auch die verschärzte Immigrationspolitik der Trump-Regierung scheint sich negativ auf deutsche Unternehmen auszuwirken. Fast die Hälfte der befragten Firmen (47 Prozent) berichtete, dass die Vergabe von Arbeitsvisa für Mitarbeiter aus dem Ausland schwieriger geworden ist. "Die Vereinigten Staaten hören aber trotzdem nicht auf, Einwanderungsland zu sein", schränkte Neubauer ein. Das nach wie vor wichtigste Thema für deutsche Unternehmen ist die Knappheit ausgebildeter Arbeitskräfte. "Die Konkurrenz um gute Mitarbeiter wird angesichts steigender Beschäftigung immer schärfer", sagte Neubauer. Ein Viertel der deutschen Unternehmen bildet ihre Mitarbeiter daher im Rahmen einer dualen Ausbildung aus. Die Kammern bieten zudem Ausbildungsprogramme in mittlerweile 11 amerikanischen Bundesstaaten an.

Autor/en: Kuls, Norbert (nks.);

Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Alle Daten und Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Die Verwendung ist nur zum eigenen dienstlichen Gebrauch möglich. Nicht gestattet sind insbesondere jegliche Weitergabe an Dritte, Vervielfältigung sowie mechanische und oder elektronische Speicherung. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts der Beiträge besteht keine Haftung und Gewährleistung.